



Beschlusskammer 9

Bund	BK9-20/605-1
OL Berlin	BK9-20/605-2
OL Brandenburg	BK9-20/605-3
OL Bremen	BK9-20/605-4
OL Schleswig-Holstein	BK9-20/605-5

BESCHLUSS

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV, § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ARegV, § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. §§ 29, 30 Abs. 1 Nr. 3 und 28 GasNEV sowie § 69 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 7 EnWG

wegen der Vorgaben zur Durchführung der Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Betreiber von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 6 EnWG für die vierte Regulierungsperiode nach § 6 Abs. 1 ARegV

hat die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur

durch

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

den Vorsitzenden	Dr. Christian Schütte,
den Beisitzer	Roland Naas und
den Beisitzer	Stefan Tappe

am 03.03.2021 beschlossen:

1. Die Betreiber von Gasverteilernetzen i.S.d. § 3 Nr. 7 EnWG im Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur sowie der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein sind verpflichtet, alle für die Ermittlung des Ausgangsniveaus erforderlichen Unterlagen bis zum 01.07.2021 vollständig bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Abweichend von dieser Verpflichtung sind Verteilernetzbetreiber, an deren Netz weniger als 15.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und die einen Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV bis zum 31.03.2021 stellen, verpflichtet, alle für die Ermittlung des Ausgangsniveaus erforderlichen Unterlagen bis zum 30.09.2021 vollständig bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Betreiber von Fernleitungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 5 EnWG sind verpflichtet, alle für die Ermittlung des Ausgangsniveaus erforderlichen Unterlagen bis zum 01.06.2021 vollständig bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Kombinationsnetzbetreiber i.S.d. § 6d EnWG haben die für die Ermittlung des Ausgangsniveaus erforderlichen Unterlagen für ihr Fernleitungsnetz und für ihr Verteilernetz jeweils gesondert einzureichen und dabei die Vorgaben für die jeweilige Netzebene einzuhalten.
2. Die unter Ziffer 1 genannten Netzbetreiber sind verpflichtet, den Unterlagen einen Bericht über die Ermittlung der Kosten gemäß § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 28 GasNEV nebst Anhang beizufügen.
 - a) Der Bericht nebst Anhang ist in der Struktur und mit dem Inhalt zu erstellen, wie sie in Anlage K1 dieses Beschlusses vorgegeben sind. Der im Anhang des Berichts befindliche Erhebungsbogen für Betreiber von Gasversorgungsnetzen ist nach den Ausfüllhinweisen zu befüllen, die in der Anlage K2 dieses Beschlusses enthalten sind.

(Die Anlagen K1 und K2 sind abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 9“ → „Festlegungen“ → „BK9-20/605 Festlegung von Vorgaben zur Durchführung der Kostenprüfung zur Bestimmung des

Ausgangsniveaus der Betreiber von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 6 EnWG für die vierte Regulierungsperiode nach § 6 Abs. 1 ARegV“)

- b) Der Bericht und die ihm beizufügenden Anlagen sind ausschließlich in elektronischer Form vorzulegen. Er ist im PDF-Format zu übermitteln und muss automatisch durchsuchbar sein. Dies gilt auch für tabellarische Darstellungen.
- c) Der zum Anhang des Berichts gehörende Erhebungsbogen ist ausschließlich elektronisch unter Nutzung der von der Bundesnetzagentur zum Download bereitgestellten XLSX-Datei vollständig und richtig ausgefüllt zu übermitteln. Beim Ausfüllen der XLSX-Datei darf keine Veränderung an der Struktur vorgenommen werden.

(Die XLSX-Datei ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 9“ → „Festlegungen“ → „BK9-20/605 Festlegung von Vorgaben zur Durchführung der Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Betreiber von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 6 EnWG für die vierte Regulierungsperiode nach § 6 Abs. 1 ARegV“)

- d) Für die Übermittlung sämtlicher Unterlagen (Bericht, Erhebungsbogen, Kontenplan, Jahresabschlüsse etc.) haben die Netzbetreiber das über die Internet-Seite <http://www.bundesnetzagentur.de> erreichbare Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur zu nutzen.

(Das Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur ist direkt zugänglich unter der Adresse: <http://apps.bundesnetzagentur.de/Energie/>, die Verfahrensbezeichnung lautet „Kostendatenerhebung für Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösbergrenzen § 6 Abs. 1 ARegV (2021)“.)

Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung im Energiedaten-Portal mit dem im Internet bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm verschlüsselt werden.

(Das Verschlüsselungsprogramm ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Elektrizität und Gas“ → „Energie Monitoring / Datenübermittlungen“ → „Verschlüsselungstool eCrypt“.)

Zusätzlich ist eine Inhaltsübersicht per E-Mail an die Adresse poststelle.bk9@bnetza.de zu übersenden. In der Inhaltsübersicht sind alle über das Energiedaten-Portal übermittelten Dateien unter schlagwortartiger Beschreibung ihres Inhalts und unter Nennung des beim Hochladen über das Energiedaten-Portal automatisch generierten Dateinamens aufzulisten.

- e) Unter Ziffer 1 genannte Netzbetreiber, die nach Ablauf des nach § 6 Abs. 1 S. 3 ARegV maßgeblichen Geschäftsjahres das Netz eines anderen Netzbetreibers vollständig übernommen haben und für dieses Netz einen gesonderten Bericht nach § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 28 GasNEV nebst Anhang sowie Erhebungsbogen zu übermitteln haben, sind verpflichtet, die hier erhobenen Daten für die einzelnen Netze getrennt zu übergeben. Hierbei ist jeweils eine eigene Netznummer zu verwenden und der Erhebungsbogen unter Angabe dieser Netznummer an die Bundesnetzagentur über das Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Netznummern sind bei der Bundesnetzagentur zu beantragen.

(Eine Anleitung für den Antrag auf Netznummern ist auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Elektrizität und Gas“ → „Energie Monitoring / Datenübermittlungen“ → „Ansprechpartner (KBV/IT-Sicherheit)“ → „Antrag auf Netznummern“ bereitgestellt. Änderungen für bereits erteilte Netznummern sind ebenfalls anzuzeigen.)

Im Übrigen hat der Netzbetreiber den Bericht nebst Anhang und Erhebungsbogen einheitlich abzugeben.

3. Soweit den unter Ziffer 1 genannten Netzbetreibern von Dritten betriebsnotwendige Anlagegüter überlassen wurden, sind die Netzbetreiber verpflichtet, für die ihnen überlassenen Anlagegüter jeweils einen eigenen Erhebungsbogen nach Maßgabe der Anordnungen in Ziffern 2c), 2e) und 2f) und unter Angabe einer Verpächternummer zu übermitteln, soweit sich aus Anlage K1 dieses Beschlusses keine Einschränkung ergibt (bei mehreren Dritten jeweils ein Erhebungsbogen). Dabei ist jeweils eine eigene Verpächternummer zu verwenden. Soweit für einen Dritten bereits im Rahmen einer früheren Kostenprüfung eine Verpächternummer vergeben wurde, ist diese fortzuführen.

Verpächternummern sind bei der Bundesnetzagentur zu beantragen.

(Eine Anleitung für den Antrag auf Vergabe und zur Mitteilung von Änderungen bei bestehenden Pachtverhältnissen ist auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der

Adresse <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Elektrizität und Gas“ → „Energie Monitoring / Datenübermittlungen“ → „Unternehmensstammdaten“ → „Antrag auf Verpächternummer“ bereitgestellt.)

4. Soweit gegenüber den unter Ziffer 1 genannten Netzbetreibern Dienstleistungen von verbundenen Dritten erbracht wurden, sind die Netzbetreiber verpflichtet, jeweils gesonderte Erhebungsbögen nach Maßgabe der Anordnungen in Ziffern 2c), 2d), 2e) und 2f) und unter Angabe einer Dienstleistungsnummer für die zehn wertmäßig größten Dienstleistungsverträge mit verbundenen Unternehmen i.S.d. § 6b Abs. 2 S. 1 EnWG vorzulegen, aus denen sich die Kosten für Dienstleistungen ergeben. Dies gilt nicht, soweit sich aus der Anlage K1 dieses Beschlusses Einschränkungen für den Umfang des Erhebungsbogens für Dienstleistungen ergeben. Dienstleistungsverträge, die mit demselben verbundenen Unternehmen bestehen, sind in einem Erhebungsbogen zusammenzufassen. Zudem ist ein Erhebungsbogen nur dann vorzulegen, sofern die Summe der Kosten, die sich für das Jahr 2020 aus allen Vertragsverhältnissen mit demselben Dienstleistungserbringer ergibt, fünf Prozent der nach § 4 Abs. 3 und 4 ARegV angepassten Erlösobergrenze des Kalenderjahres 2020 abzüglich der Kosten für die Inanspruchnahme der vorgelagerten Netzebene übersteigt.

Gründe

I.

Die Beschlusskammer hat von Amts wegen ein Verfahren zur Festlegung von Vorgaben zur Durchführung der Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Betreiber von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 6 EnWG für die vierte Regulierungsperiode nach § 6 Abs. 1 ARegV eingeleitet. Den betroffenen Unternehmen wurde durch Veröffentlichung des Beschlussentwurfs am 09.12.2020 auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und im Amtsblatt 23/2020 vom 09.12.2020 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die nach § 67 Abs. 1 EnWG grundsätzlich erforderliche individuelle Anhörung der einzelnen Adressaten wurde analog § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG und § 28 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG durch die Veröffentlichung ersetzt.

Die Bundesnetzagentur hat am 09.12.2020 die Landesregulierungsbehörden gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG über die Einleitung des Verfahrens benachrichtigt und gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme zur beabsichtigten Festlegung gegeben. Dem Bundeskartellamt wurde am 09.12.2020 gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme zu der beabsichtigten Festlegung gegeben.

Dem Länderausschuss wurde gemäß § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG am 18.02.2021 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Im Rahmen der Konsultation haben insgesamt 50 Unternehmen und Verbände Stellungnahmen eingereicht. Dabei handelte es sich um:

Bad Honnef AG,

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.,

BET Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH,

bnNETZE GmbH,

E.ON SE (zugleich für Avacon Netz GmbH, Avacon Hochdrucknetz GmbH, ElbEnergie GmbH, ELE Verteilnetz GmbH, Energienetze Bayern GmbH, energis-Netzgesellschaft mbH, E.DIS Netz GmbH, HanseGas GmbH, Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, NEW Netz GmbH, Schleswig-Holstein Netz AG, Syna GmbH und Westnetz GmbH),

EEB ENERKO Energiewirtschaftliche Beratung GmbH,

Emmericher Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH,

Energie- und Wasserversorgung Kircharten GmbH,

Energienetze Bayer GmbH & Co. KG,

Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG,
Energieversorgung Limburg GmbH,
Erdgas Kempten-Oberallgäu Netz GmbH,
Erdgas Mittelsachsen GmbH,
EVU-ASSIST GmbH,
Gasunie Deutschland Transport Services GmbH,
Gasversorgung Eisenhüttenstadt GmbH,
GEODE Deutschland e.V.,
Harz Energie Netz GmbH,
inetz GmbH,
Mainzer Netze GmbH,
Netzgesellschaft Frankfurt (Oder) mbH,
Netzgesellschaft Potsdam GmbH,
OsthessenNetz GmbH (zugleich für RhönEnergie Osthessen GmbH),
Regionetz GmbH,
SachsenNetze HS.HD GmbH,
Schleswiger Stadtwerke GmbH,
schwaben netz gmbh (zugleich für schwaben netz regional gmbh),
Städtische Betriebswerke Luckenwalde GmbH,
Stadtnetze Münster GmbH,
Stadtwerke Geesthacht GmbH,
Stadtwerke Homburg GmbH,
Stadtwerke Jena Netze GmbH,
Stadtwerke Jülich GmbH,
Stadtwerke Lingen GmbH,
Stadtwerke Pritzwalk,
Stadtwerke Rendsburg GmbH,
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH,
Stadtwerke Schweinfurt GmbH,

Stadtwerke Steinburg GmbH (zugleich für Stadtwerke Brunsbüttel GmbH, Stadtwerke Glückstadt, Stadtwerke Itzehoe GmbH und Stadtwerke Wilster),

Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH,

SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG,

TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG,

Thüga Aktiengesellschaft,

Thüga Energienetze GmbH,

Vereinigte Stadtwerke GmbH,

Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V.,

Versorgungsbetriebe Elbe GmbH,

Verband kommunaler Unternehmen e.V.,

Westfalen Weser Netz GmbH und

ZVO Energie GmbH.

Es wurde vorgetragen, dass der Umfang der abgefragten Daten unverhältnismäßig hoch und in der vorgegebenen Frist nicht zu erbringen sei. Zusätzlich behindert werde die Aufbereitung der angeforderten Daten durch die erschwerten Arbeitsbedingungen während der Maßnahmen zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Pandemie und der zeitgleichen Arbeiten zur Erstellung des Jahresabschlusses durch dieselben Mitarbeiter. Dem müsse einerseits durch eine deutliche Reduktion des Datenumfangs, andererseits durch eine Verlängerung der Bearbeitungsfristen Rechnung getragen werden.

Die angeforderten Daten seien vielfach nur mit großen Aufwand zusammenzustellen und werden für die Kostenprüfung nicht benötigt. Schon die Datenerhebung für die dritte Regulierungsperiode sei deutlich überzogen gewesen, nun werde der Umfang nochmals gesteigert. Die große Datenmenge sei auch für die Bundesnetzagentur nicht mehr beherrschbar und habe schon in der Vergangenheit zu überlangen Verfahrensdauern und verspäteten Entscheidungen geführt. Zudem verursache die Datenerhebung immer höhere Beratungskosten, welche die Netzbetreiber zu tragen hätten. Auch die Datenqualität werde durch zu kurze Bearbeitungszeit verschlechtert. Statt riesige Datenmengen auf Vorrat abzufragen, die nur bei einigen Netzbetreibern tatsächlich verwendet werden, möge die Beschlusskammer eine standardisierte Massenprüfung mit reduziertem Datenumfang vorschalten und weitere Daten – soweit beim individuellen Unternehmen benötigt – durch Rückfragen erheben. Eine weitere Möglichkeit der Entlastung der Netzbetreiber bestehe in der Einführung von Wesentlichkeitsgrenzen für verschiedene Positionen. Die geforderte Datenmenge sei wenigstens für Netzbetreiber im vereinfachten Verfahren zu senken.

Es sei nicht mehr zeitgemäß, alle Unterlagen in Papierform anzufordern. Dies führe zu vermeidbaren Büroanwesenheiten der Mitarbeiter während der Pandemie und verursache überflüssigen CO₂-Ausstoß. Die automatische Durchsuchbarkeit der elektronisch einzureichenden Dokumente solle auf den Bericht beschränkt werden, da sonstige Dokumente wie insbesondere ältere Vertragsunterlagen häufig nicht in entsprechendem Format vorliegen und aufwendig einzeln mit OCR-Software bearbeitet werden müssten. Derartig umgewandelte Dokumente seien häufig fehlerhaft. Die Bundesnetzagentur möge im Übrigen auch die von ihr selbst erstellten Dokumente wie Rückfragen oder Anhörungen in elektronischer und durchsuchbarer Form an die Netzbetreiber versenden.

Auch für Netzbetreiber im Regelverfahren müsse eine Einreichungsfrist bis zum 01.09.2021 gelten, wenn der Lockdown über den März hinaus andauere, da die Erstellung der Unterlagen im Homeoffice mit gleichzeitiger Kinderbetreuung entsprechend länger dauere. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet die Fernleitungsnetzbetreiber besonders früh ihre Daten zu liefern haben, obwohl gerade diese besonders viele komplexe Sondersachverhalte wie die Umlagen für Biogas und Marktraumumstellung, volatile Kosten und Investitionsmaßnahmen zu berücksichtigen haben. Zur Gewährleistung einer ausreichenden Datenqualität sei es bei Datenänderungen notwendig, auch nach Fristablauf noch Informationen nachliefern zu können.

Es sei ineffizient, der Bundesnetzagentur bereits vorliegende Unterlagen erneut zu übermitteln. Die testierten Jahresabschlüsse für die Jahre 2016 bis 2020 lägen bereits vor bzw. werden ohnehin zum 31.08. übermittelt, der Anlagenspiegel sei aus der Regulierungskontoprüfung bekannt, Informationen zu Netzübergängen lägen aus den Verfahren zur Übertragung von Erlösobergrenzenanteilen vor, das Sachanlagevermögen werde im Zuge der Verfahren zum Kapitalkostenaufschlag mitgeteilt, Schuldbeitritte/ und -übernahmen sowie Schlüsselungen seien dem Bericht des Wirtschaftsprüfers zu entnehmen und die Netzdaten würden parallel für den Effizienzvergleich abgefragt.

Es sei unklar, welche Detailtiefe bei welcher Bedeutung einer Kostenposition gewünscht sei. Zudem müsse es erlaubt sein, zur Vermeidung von Doppelungen auf entsprechende Abschnitte im Tätigkeitsabschluss zu verweisen.

Die Kostendaten von Verpächtern und Subverpächtern würden nur für die Jahre 2019 und 2020 benötigt. Zudem entstehe ein großer Aufwand durch die Darstellung sämtlicher Verpächter, da im Zuge des Konzessionswettbewerbs fortlaufend zahllose neue Kleinstverpächter entstünden. Es wird eine Begrenzung der Abfrage auf Verpächter vorgeschlagen, die wenigstens 1 % der geltend gemachten Pachtentgelte ausmachen.

Einige Stellungnahmen fordern, die Benutzung des Verpächter/Dienstleister-Erhebungsbogens für Unternehmen, die beide Rollen zugleich innehaben, nur optional anzubieten und alternativ die Einreichung getrennter Bögen für jede Rolle zuzulassen. Andere Konsultationsteilnehmer plädieren für eine noch weitergehende Integration und sehen in der Trennung von Verpachtungs-

und Dienstleistungssachverhalten innerhalb des Verpächter/Dienstleister-Erhebungsbogens eine künstliche Auftrennung eines einheitlichen Unternehmens.

Für die Auflistung sowohl der bezogenen als auch der erbrachten Dienstleistungen wird die Einziehung einer Wesentlichkeitsgrenze gefordert, da eine Vielzahl sehr geringfügiger und kleinteiliger Dienstleistungen nur mit erheblichem Aufwand durch manuelle Einzelrechnungsprüfung zu ermitteln und nachzuweisen sei. Es sei unklar, wie eine Dienstleistung definiert sei, wie hoch ein wettbewerblicher Preis sei und wie dieser nachzuweisen sei.

Es sei nicht klar, ob die Kapitel für Verpächter und Dienstleister im Bericht die gleichen Anforderungen wie der Bericht für den Netzbetreiber erfüllen müsse oder auf bestimmte Bereiche zu beschränken sei.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2020 sei nach der sog. 6b-Festlegung der Bundesnetzagentur erst zum 31.08.2021 zu übermitteln. Diese Frist könne nicht vorverlegt werden. Die doppelte Vorlage sei zudem ineffizient, verstoße gegen den Grundsatz der Datensparsamkeit und stoße wegen der persönlichen Angaben im Abschluss auf Datenschutzbedenken. Die Bundesnetzagentur möge stattdessen ihre interne Datenverwaltung optimieren. Zudem sei die Aufstellung des Jahresabschlusses dieses Jahr ohnehin schon schwieriger, da die besagte Festlegung mit ihren erweiterten Anforderungen für energiespezifische Dienstleistungen erstmals umzusetzen sei. Die rückwirkende Anwendung der Festlegungsvorgaben auf die Jahresabschlüsse für die Jahre 2016 bis 2019, welche die Bestimmungen dieses Beschlusses impliziere, sei nicht mehr möglich.

Die Abfrage der Kostendaten über fünf Jahre sei nicht nur unverhältnismäßig aufwendig, sondern verstoße auch gegen das Basisjahrprinzip. Eine Heranziehung von Vorjahresdaten für die Ermittlung von Besonderheiten des Geschäftsjahres sei untauglich, da nach der Rechtsprechung lediglich Einmalereignisse hierunter fallen. Ein Mehrjahresvergleich könne allenfalls zu einer Scheingenauigkeit führen, da er strukturelle Veränderungen beim Netzbetreiber nicht berücksichtige. Die Netzbetreiber würden sogar doppelt belastet, weil sie einerseits die Kostendaten für den Erhebungsbogen zusammenzutragen und zusätzlich noch Aufwüchse im Bericht zu erläutern hätten. Es wäre einfacher, den Mehrjahresvergleich nicht durch die Netzbetreiber, sondern erst im Kalkulationstool der Bundesnetzagentur vorzunehmen. Zudem sei unverständlich, warum lediglich der Mittelwert der Jahre 2016 bis 2019 zu bilden sei und das Jahr 2020 dabei außen vor bliebe.

Die Abfrage der 20 wertmäßig größten Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen für fünf Jahre sei unverhältnismäßig und zudem unbrauchbar, da nicht alle Positionen dadurch erklärt werden könnten. Außerdem sei kein sinnvoller Erkenntnisgewinn aus dem Vergleich von Einzelmaßnahmen über fünf Jahre zu ziehen. Die entsprechenden Kosten müssten mit großem Aufwand zusammengetragen werden, da sie in den Systemen der Netzbetreiber nicht separat erfasst würden und zudem anteilige Gemeinkosten beinhalten.

Die Abfrage der Saldenliste sei unzulässig, da die Ermittlung der Kosten gem. GasNEV anhand der Gewinn- und Verlustrechnung und nicht anhand einer Prüfung von Konten zu erfolgen habe. Zudem könne die Zuordnung der Kosten bereits durch die Erläuterungen zur Schlüsselung geprüft werden.

Die geforderte „Als-Ob“-Betrachtung bei Schuldbeitritten und -übernahmen sei sehr aufwendig und gleichzeitig ohne Mehrwert, da eine derartige hypothetische Betrachtung ohnehin nicht valide sei.

Für die Abfrage der Liquiditätsrechnung gebe es keine gesetzliche Grundlage, da nach der Rechtsprechung die Anerkennung eines pauschalen Wertes für das Umlaufvermögen zulässig sei. Hier sei analog zum Vorgehen der Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur ein Zwölftel der Erlösobergrenze anzusetzen. Die geforderte Liquiditätsrechnung sei praktisch nicht möglich oder jedenfalls extrem aufwendig, da kein Unternehmen solche Daten monats- und spartenscharf vorhalte. Der Erhebungsbogen erfordere retrograde Schlüsselung von Zahlungen. Die Ableitung der Schwankungsbreite sei mit diesen Daten nicht möglich. Der Liquiditätsbedarf sei stets an den ungünstigsten zu erwartenden Bedingungen zu bemessen, nicht an den tatsächlich eingetretenen Zahlungsströmen. Die Schwankungsbreite sei überdies der falsche Prüfungsmaßstab, da für die Bemessung des betriebsnotwendigen Umlaufvermögens nur die Stichtage 01.01. und 31.12. relevant seien. Die Höhe des betriebsnotwendigen Bestands unterliege saisonalen Einflüssen. Die Monatsbetrachtung erhöhe nur die Zahl der Stichtage, lasse aber Schwankungen innerhalb des Monats außen vor. Dies gelte erst recht für die Option der jährlichen Betrachtungsweise. Es sei unklar, ob die Vorlage der Liquiditätsrechnung obligatorisch oder optional sei, welche alternativen Möglichkeiten zum Nachweis der Betriebsnotwendigkeit bestehen und was die Konsequenz der Nichtvorlage einer Liquiditätsrechnung sei.

Die Angabe von Schlüsseln für fünf Jahre sei unverhältnismäßig aufwendig. Die Schlüsselung werde bereits im testierten Tätigkeitsabschluss dargelegt und sei dort regelmäßig ein Prüfungsschwerpunkt. Absolute Schlüsselwerte für die Jahre 2016 bis 2018 hätten keinen Nutzen, da der Grundsatz der Stetigkeit nur für die Schlüsselgrundlagen und nicht für das nominale Ergebnis aus der Anwendung der Schlüssel gelte. Es sei unklar, in welcher Form Schlüsselwerte anzugeben seien und was eine aussagekräftige Beschreibung eines kombinierten Schlüssels sei. Die Schlüsselung finde bei den meisten Netzbetreibern auf Kontenebene oder auf Ebene von Kontierungsobjekten statt und sei daher auf Bilanzpositionsebene nicht darstellbar. Es sei sehr aufwendig, die Diskrepanzen zwischen den Angaben im Tätigkeitsabschluss und den Werten im Tabellenblatt B_Bilanz des Erhebungsbogens zu erklären, wenn kombinierte Schlüssel Anwendung finden und die Buchung über die interne Kostenstellenrechnung ebenfalls geschlüsselt werde. Der Erhebungsbogen lasse lediglich die Anwendung von vier Schlüsseln zu, dies reiche nicht aus.

Die Angabe aller Einzelposten bei den sonstigen Vermögensgegenständen sei sehr aufwendig und benötige mehrere Tausend Zeilen. Es wird um die Möglichkeit einer Aggregation gebeten.

Das DDR-Atlanlagevermögen solle nur optional zur Klärung neuer Sachverhalte abgefragt werden.

Die Aufschlüsselung von dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen in aktivierten Eigenleistungen sei nicht sinnvoll, da hier nur pauschale Schlüsselwerte verbucht werden. Es gebe hierfür keine rechtliche Grundlage. Die Abrechnung von Investitionsaufträgen sei so gestaltet, dass handels- und steuerrechtliche Vorgaben eingehalten werden, und könne den Anforderungen der Bundesnetzagentur somit nicht gerecht werden. Aktivierte Eigenleistungen seien schon im Grundsatz keine aufwandsgleichen Kosten, daher ergebe die Abfrage keinen Sinn. Das HGB sehe aktivierte Eigenleistungen als singuläre Position vor, somit sei keine Aufteilung erforderlich.

Differenzen zwischen handelsrechtlichen und kalkulatorischen Werten im Anlagenspiegel seien weitgehend selbsterklärend und bedürfen keiner Erläuterung.

Die Historie der Baukostenzuschüsse aus Netzübergängen sei bereits aus den Verfahren zur Übertragung der Erlösberggrenzenanteile bekannt und eigentlich dort zu prüfen.

Der Zweck der Abfrage der Kosten für Investitionen in Wasserstoffinfrastruktur sei unklar. Der zukünftige regulatorische Rahmen für Wasserstoffnetze sei derzeit noch vollkommen offen. Sofern die Bundesnetzagentur hier Kürzungen beabsichtige, widerspreche dies dem Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums zur Wasserstoffregulierung.

Es müsse weiterhin möglich sein, in der Bilanz Positionen im Zusammenhang mit der Marktraumumstellung abzugrenzen, da es hier nach wie vor Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen gebe. Zudem werde die Umlage über die Bilanzen der Fernleitungsnetzbetreiber abgewickelt.

Es sei unklar, warum die Eigenkapitalquote zu erläutern sei, da sich deren Berechnung eindeutig aus der GasNEV ergebe. Es seien hier zudem wesentliche Aspekte der Anlagenintensität und financial covenants zu berücksichtigen.

Es sei unklar, was mit „Anlagenabgängen“ gemeint sei.

Die Kosten für Eigenverbrauch und Entspannungsenergie seien im Erhebungsbogen um Kosten aus dem Emissionshandelsgesetz zu ergänzen.

Daten aus der Elektrizitätssparte würden für die Prüfung der Gasnetzsparte nicht benötigt. Auch eine Abgrenzung der Kosten für den Messstellenbetrieb und die Messung sei nicht notwendig, da dies anders als im Strom gerade keine eigenständige Sparte sei.

Es sei wünschenswert, den Erhebungsbogen zu entsperren, um die Transparenz der Verformelungen zu erhöhen und um Nebenrechnungen wie insbesondere den geforderten Mehrjahresvergleich direkt im Bogen zu ermöglichen.

Neben diesen inhaltlichen Punkten wurden einige Hinweise zu Fehlern und weiteren Verbesserungsmöglichkeiten im Erhebungsbogen vorgetragen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte Bezug genommen.

II.

- 1 Mit dieser Festlegung trifft die Bundesnetzagentur Vorgaben zur Durchführung der Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Betreiber von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 6 EnWG für die vierte Regulierungsperiode nach § 6 Abs. 1 ARegV.
- 2 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-1 handelt die Bundesnetzagentur in eigener Zuständigkeit, soweit Energieversorgungsunternehmen betroffen sind, an deren Gasversorgungsnetz mindestens 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind oder deren Gasversorgungsnetz über das Gebiet eines Landes hinausreicht.
- 3 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-2 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Berlin gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin vom 25.10./17.12.2005 (Bekanntmachung ABl. Berlin Nr. 12 vom 17.03.2006, in Kraft seit dem 18.03.2006) i.V.m. dem Gesetz zur Ausführung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 06.03.2006 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin Nr. 10 vom 18.03.2006).
- 4 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-3 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Brandenburg gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Brandenburg vom 27.11./09.12.2013 (Bekanntmachung ABl. Brandenburg Nr. 16/25 vom 17.03.2014, in Kraft seit dem 18.03.2014) i.V.m. dem Gesetz zum Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Brandenburg über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz vom 14.03.2014 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Nr. 16/25 vom 17.03.2014).
- 5 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-4 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Bremen gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Freien Hansestadt Bremen vom 18.03./03.04.2014 i.V.m. dem Gesetz zu dem Verwaltungsabkommen über die

Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz vom 22. Juli 2014 (Bekanntmachung: GBl. der Freien Hansestadt Bremen Nr. 78/2014, S. 343 ff. vom 28.07.2014; Gesetz und Verwaltungsabkommen sind seit dem 29.07.2014 in Kraft).

- 6 Hinsichtlich der Festlegung unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-5 handelt die Bundesnetzagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für das Land Schleswig-Holstein gemäß dem „Verwaltungsabkommen über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein vom 11.08.2015/07.09.2015 (Bekanntmachung als Anlage zum Gesetz zum Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Schleswig-Holstein über die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz durch die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen: Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Nr. 14/2015 vom 29.10.2015, S. 342 f.; in Kraft seit dem 30.10.2015).
- 7 Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.
- 8 Die Betreiber von Gasverteilernetzen werden mit dieser Festlegung verpflichtet, die zur Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV erforderlichen Unterlagen bis zum 01.07.2021 bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Abweichend von dieser Verpflichtung sind Verteilernetzbetreiber, an deren Netz weniger als 15.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind und die einen Antrag auf Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV bis zum 31.03.2021 stellen, verpflichtet, alle für die Ermittlung des Ausgangsniveaus erforderlichen Unterlagen bis zum 30.09.2021 vollständig bei der Bundesnetzagentur einzureichen. Betreiber von Fernleitungsnetzen sind verpflichtet, die Unterlagen bis zum 01.06.2021 einzureichen. Nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV sowie § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ARegV und § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. §§ 29, 30 Abs. 1 Nr. 3 GasNEV kann die Beschlusskammer Festlegungen zu Umfang, Zeitpunkt und Form der zu erhebenden Daten, insbesondere zu den zulässigen Datenträgern und Übertragungswegen treffen.
- 9 Damit ist die Möglichkeit eröffnet, die in diesem Beschluss niedergelegten Verpflichtungen, nach einer entsprechenden Androhung, mittels Zwangsgeld nach § 94 EnWG durchzusetzen. Um eine zügige Prüfung der Kostendaten zu gewährleisten, wird gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 i.V.m. § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ARegV und § 6 Abs. 1 S. ARegV i.V.m. §§ 29 und 28 GasNEV die elektronische Übermittlung des Antrags und der zur Prüfung erforderlichen Unterlagen angeordnet.
- 10 Zudem stützt sich die Festlegung auf § 69 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 7 EnWG. Danach kann die Beschlusskammer von den Netzbetreibern Auskunft über ihre technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Herausgabe von Unterlagen verlangen, soweit dies zur Erfüllung ihrer regulatorischen Aufgaben erforderlich ist. Der angeforderte Bericht nebst allen Anlagen und Bestandteilen ist für die Kostenprüfung, welche die Beschlusskammer zur

Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 1 ARegV durchzuführen hat, zwingend erforderlich. Die Beschlusskammer weist darauf hin, dass Zuwiderhandlungen gegen die Auskunftsverfügung, die ausbleibende oder vorsätzlich oder fahrlässig fehlerhafte Erteilung der Auskunft, eine Ordnungswidrigkeit gem. § 95 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a) EnWG darstellen.

- 11 Der äußerst engen Fristenbindung des Verfahrens entsprechend, sind die bis zum jeweiligen Stichtag erhobenen Kostendaten grundsätzlich für das weitere Verfahren maßgeblich. Eine Nachlieferung von Kostendaten oder Nachweisen (beispielsweise Wirtschaftsprüfertestate) soll nur in begründeten Ausnahmefällen und unverzüglich nach deren Vorliegen erfolgen.
- 12 Sofern ein Unternehmen sowohl ein Fernleitungsnetz als auch ein Verteilernetz als Kombinationsnetzbetreiber betreibt, wird es im Rahmen dieser Datenerhebung wie zwei voneinander unabhängige Unternehmen behandelt, die je gesondert an der Ermittlung des jeweiligen Ausgangsniveaus teilnehmen. Daraus folgt unmittelbar die Notwendigkeit, die Netze mit jeweils eigener Betriebsnummer zu führen. Soweit für Fernleitungsnetze und Verteilernetze unterschiedliche Bestimmungen (wie insbesondere unterschiedliche Datenlieferfristen) gelten, sind für jede Netzebene die jeweils zutreffenden Bestimmungen maßgeblich. Dies gilt auch für Netzbetreiber, die lediglich vorübergehend den Charakter eines Kombinationsnetzbetreibers haben und die Überführung eines ihrer Netze auf die jeweils andere Netzebene beabsichtigen, sofern die Umsetzung dieser Überführung im Jahr 2020 noch nicht abgeschlossen wurde. Die Beschlusskammer stellt an dieser Stelle klar, dass derartige Differenzierungen im Rahmen von Datenabfragen zwar ihre Rechtsauffassung für die Behandlung entsprechender Konstellationen in der späteren Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen widerspiegeln, insoweit jedoch in keiner Weise rechtsverbindliche Vorentscheidungen treffen und ausschließlich für die jeweilige Datenabfrage selbst Verbindlichkeit beanspruchen.
- 13 Die Festlegung zusätzlicher Anforderungen an die Struktur und den Inhalt des Berichts nach § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 28 GasNEV und dessen Anhang erfolgt auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 11, § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ARegV sowie § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 30 Abs. 1 Nr. 3 GasNEV. Die Übermittlung der Daten ist erforderlich, um das Vorliegen einer sachgerechten und aussagekräftigen Datenbasis für die Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV sicherzustellen. Zur Gewährleistung und Vereinfachung der Prüfung der Kostendaten durch die Bundesnetzagentur ist es darüber hinaus von zentraler Bedeutung, dass die Daten möglichst strukturiert und einheitlich verfügbar sind.
- 14 Nach Maßgabe der § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 11, § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 ARegV sowie § 6 Abs. 1 S. 2 ARegV i.V.m. § 30 Abs. 1 Nr. 3 GasNEV kann die Bundesnetzagentur ferner Entscheidungen zur Ausgestaltung des Datenerfassungs- und Datenübermittlungsvorgangs, insbesondere zur Form der ihr zu übermittelnden Informationen, treffen. In Ausübung dieses Befugnis ordnet sie an, dass der Bericht und alle dazu gehörenden Unterlagen ausschließlich

elektronisch vorgelegt werden müssen. Die elektronische Fassung ist als PDF-Dokument zu übermitteln. Dabei muss es möglich sein, das Dokument mittels der Suchen-Funktion automatisch nach eingegebenen Begriffen zu durchsuchen; die Informationen müssen also als Text und nicht als Bild in das Dokument eingebunden sein. Dies gilt nicht nur für den eigentlichen Fließtext, sondern auch für tabellarische Darstellungen. Die Beschlusskammer begrüßt es, wenn auch als Anlage zum Bericht beigefügte Dokumente wie insbesondere Vertragsurkunden in ein durchsuchbares Format überführt werden. Dies kann im Falle von eingescannten Papierdokumenten z. B. mit der „Text erkennen“-Funktion in Adobe Acrobat oder mit Konvertierungsprogrammen wie PDFelement geschehen. Die Sicherstellung einer automatischen Durchsuchbarkeit nach Schlüsselbegriffen ist notwendig, um eine zielorientierte und effiziente Auswertung des Berichts zu ermöglichen. Von einer zusätzlichen Übermittlung des Berichts als Papierausdruck ist abzusehen.

- 15 Zusätzlich ist eine Inhaltsübersicht per E-Mail zu übersenden. In der Inhaltsübersicht sind alle über das Energiedaten-Portal übermittelten Dateien unter schlagwortartiger Beschreibung ihres Inhalts und unter Nennung des beim Hochladen über das Energiedaten-Portal automatisch generierten Dateinamens aufzulisten. Diese Übersicht ist sowohl für die Kontrolle der Vollständigkeit als auch für eine effiziente Auswertung der ggf. sehr zahlreichen und vom Energiedaten-Portal wenig aussagekräftig benannten Daten erforderlich.
- 16 Ferner ordnet die Beschlusskammer die Verwendung der von ihr im Internet bereitgestellten XLSX-Datei („EHB_Kostenprüfung_4RegP.XLSX“) für die Erstellung und Übermittlung des Erhebungsbogens an. Die Bereitstellung dieses einheitlichen Datenformats ermöglicht die vereinfachte Dateneingabe auf Grundlage einer nutzerfreundlichen Bedieneroberfläche. Das Datenformat gewährleistet ferner das Zustandekommen einheitlicher Datensätze im Rahmen der jeweiligen Verfahren und ist somit eine notwendige Voraussetzung für eine zügige und verlässliche Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV.
- 17 Der Erhebungsbogen ist vollständig und richtig ausgefüllt und ohne Veränderung der Struktur – beispielsweise durch unzulässiges Einfügen oder Streichen von einzelnen Tabellenblättern, Spalten oder Zeilen – über das Energiedaten-Portal der Bundesnetzagentur zu übermitteln. Die Datei stellt ausschließlich einen Eingabebogen dar, welcher schreibgeschützt zur Verfügung gestellt wird. Nur dies ermöglicht eine zügige und zuverlässige Kostenprüfung, wie insbesondere die Erfahrungen aus den vorangegangenen Gasnetzentgeltgenehmigungsverfahren und Erlösobergrenzenfestlegungsverfahren gezeigt haben. Die Anordnung, für die Datenübermittlung das von der Bundesnetzagentur bereitgestellte Energiedaten-Portal als Übertragungsweg zu verwenden, ermöglicht einen möglichst fehlerfreien und strukturierten Datenrücklauf. Schriftliche Mitteilungen zur Änderung einzelner Felder eines Erhebungsbogens oder die Übersendung von Teilen oder eines neuen Erhebungsbogens per E-Mail oder auf Datenträgern erfüllen nicht die notwendigen Mindestvoraussetzungen und können aus technisch-administrativen Gründen nicht

berücksichtigt werden. Bei Verletzung der oben genannten Verpflichtungen stehen der Bundesnetzagentur ebenfalls die Befugnisse nach § 94 EnWG zur Verfügung.

- 18 Geht nach Ende des Basisjahrs ein Netz auf einen anderen Netzbetreiber über, sind die Informationen über dieses Netz noch nicht im entsprechenden Jahresabschluss des aufnehmenden Netzbetreibers, sondern im Jahresabschluss des abgebenden Netzbetreibers enthalten. Bei Teilnetzübergängen werden die mit dem übergehenden Netz korrespondierenden Kosten und Erlöse beim abgebenden Netzbetreiber geprüft und sodann nach § 26 Abs. 2 oder Abs. 3-5 ARegV auf den aufnehmenden Netzbetreiber übertragen. Bei Vollnetzübergängen nach § 26 Abs. 1 ARegV hört der abgebende Netzbetreiber hingegen auf, Netzbetreiber zu sein, weshalb bei ihm keine Kostenprüfung mehr stattfindet. Um die Prüfung des übergehenden Netzes zu gewährleisten, hat der aufnehmende Netzbetreiber deshalb der Bundesnetzagentur einen gesonderten Bericht nebst Anhang und Erhebungsbogen für dieses Netz über das Energiedaten-Portal zu übermitteln und eine jeweils eigene Netznummer zu verwenden. Netznummern sind bei der Bundesnetzagentur zu beantragen.
- 19 Im Falle der Überlassung betriebsnotwendiger Anlagegüter durch Dritte ist ein Erhebungsbogen nicht nur für den Netzbetreiber, sondern auch für die von einem Dritten überlassenen Anlagegüter (bei mehreren Dritten jeweils ein Erhebungsbogen) unter Angabe der Verpächternummer ausschließlich über das Energiedaten-Portal zu übermitteln. Verpächternummern sind bei der Bundesnetzagentur zu beantragen. Nur dies ermöglicht eine sachgerechte Prüfung der beim Netzbetreiber anfallenden Aufwendungen für überlassene Anlagegüter.
- 20 Im Falle der Dienstleistungserbringung durch verbundene Dritte i.S.d. § 271 Abs. 2 HGB ist ein Erhebungsbogen nicht nur für den Netzbetreiber, sondern auch für die zehn wertmäßig größten von verbundenen Dritten erbrachten Dienstleistungen (bei mehreren verbundenen Dritten jeweils ein Erhebungsbogen) unter Angabe einer Dienstleistungsnummer ausschließlich über das Energiedaten-Portal zu übermitteln. Dienstleistungsnummern sind als fortlaufende Nummer zu verwenden und vom Netzbetreiber frei zu vergeben. Nur dies ermöglicht eine sachgerechte Prüfung der beim Netzbetreiber anfallenden Aufwendungen für Dienstleistungen. Dies gilt nicht für Dienstleister, bei denen die Summe der Kosten, die sich für das Jahr 2020 aus allen Vertragsverhältnissen mit ihm ergibt, weniger als fünf Prozent der Erlösobergrenze des Netzbetreibers für das Jahr 2020 abzüglich der Kosten für die Inanspruchnahme der vorgelagerten Netzebene betrug. Maßgeblich ist die nach § 4 Abs. 3 und Abs. 4 ARegV angepasste Erlösobergrenze.
- 21 Die Anlagen K1 und K2 sowie die im Internet veröffentlichte XLSX-Datei („EHB_2021.XLSX“) sind Bestandteil dieses Beschlusses.
- 22 Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.
- 23 Da die Festlegung gegenüber allen Betreibern von Gasversorgungsnetzen i.S.d. § 3 Nr. 6 EnWG im Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur sowie der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen

und Schleswig-Holstein erfolgt, ersetzt die Beschlusskammer die Zustellung nach § 73 Abs. 1 S. 1 EnWG gemäß § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG durch eine öffentliche Bekanntmachung der Festlegung. Die öffentliche Bekanntmachung wird gemäß § 73 Abs. 1a S. 2 EnWG dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden. Die Festlegung gilt nach § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-1 (Zuständigkeit Bund) bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-2 (Organleihe Berlin) bei dem Kammergericht Berlin (Hausanschrift: Eißholzstr. 30-33, 10781 Berlin), hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-3 (Organleihe Brandenburg) bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht (Hausanschrift: Gertrud-Piter-Platz 11, 14770 Brandenburg an der Havel), hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-4 (Organleihe Bremen) bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen (Hausanschrift: Am Wall 198, 28195 Bremen) und hinsichtlich des Verfahrens unter dem Aktenzeichen BK9-20/605-5 (Organleihe Schleswig-Holstein) bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht (Hausanschrift: Gottorfstraße 2, 24837 Schleswig) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 03.03.2021

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Dr. Christian Schütte

Roland Naas

Stefan Tappe